53. Jahrgang. № 142. Sonntag, 23. Mai 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gewährten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 20 Pf. — Mehrzeilige Anzeigen nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Haut-Bleichcreme „Chloro" bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Wirksam erprobtes unschädliches Mittel gegen unschöne Hautfarbe, Sommersprossen, Leberflecke, gelbe Flecke, Hautausschläge. Mit ausführlicher Anweisung 1 Mark, bei Einsendung von 1,20 Mark franko. Depot und Versand: **Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.**

aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

Kunst-Salon von Emil Richter Prager Strasse Prager Strasse **Hochzeits-Geschenke.** Geschmackvoll :: Künstlerisch :: Preiswert.

Vollständige Reise-Ausrüstungen liefert **Robert Kunze,** Altmarkt — Rathaus und Prager Str. 30.

Zum Hausaputz nur „Wetterfeste Issolin-Farbe" sofort streichfertig. Friedrich & Glöckner, Dresden-A. 28.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Warm, Gewitterneigung.

Der Prozeß gegen die russischen Studenten wegen Geheimbündelei beginnt am 9. Juni vor dem Landgericht in Dresden.

In ihren Rückblicken unterzieht die „Nordd. Allg. Ztg." die erste Lesung der Finanzreformvorlagen in der Finanzkommission des Reichstages einer eingehenden Kritik und bezeichnet ihr Ergebnis als völlig unzulänglich.

Das Preußische Herrenhaus nahm gestern u. a. die Besoldungsvorlage und das Wohnungsgeldzuschußgesetz an; das Abgeordnetenhaus begann die zweite Beratung des Stempelsteuergesetzes.

Beim Gesangs-Wettstreit in Frankfurt erhielt die Kaiserkette der Kölner Männergesangverein, den 1. Preis der Berliner Lehrergesangverein, den 2. Preis die Bonner Liedertafel und den 3. Preis der Coblenzer Männergesangverein „Rheinland".

Einer Nachricht aus Bonn zufolge ist der Ballon „Düsseldorf" in die Nordsee verschlagen worden.

Der Casablanca-Schiedsspruch wurde gestern nachmittag im Haag verkündet.

Die englisch-russische Freundschaft

wird in Persien auf eine interessante Probe gestellt, die ganz dazu geschaffen erscheint, einen praktischen Beweis dafür zu erbringen, inwieweit der alte Gegensatz zwischen den beiden Mächten in Asien durch die getroffenen Vereinbarungen und die allgemeinen Annäherungsbestrebungen zwischen London und Petersburg tatsächlich abgeschwächt worden ist. Bis zu dem Augenblick, wo die von König Eduard persönlich eingeleitete Politik der Westmächte ihr auf die Gewinnung Rußlands als Dritten im Bunde gerichtetes Ziel zunächst durch den Abschluß des mittelasiatischen Abkommens zu einem nicht unerheblichen Teil erreicht hatte, beherrschte die englisch-russische Nebenbuhlerschaft die internationale Politik in solchem Grade, daß die Bismarcksche Staatskunst darauf ihren Leitsatz von den zwei Eisen im Feuer aufbauen konnte und daß noch die Anfänge der Bülowschen Kanzlerschaft mit diesem Faktor zu rechnen vermochten. Erst der russisch-japanische Krieg brachte die entscheidende Wendung. Das selbe England, das erst mit allen Mitteln einer skrupellosen Diplomatie den Russen die Japaner auf den Hals gehetzt hatte, wußte nach der Niederlage Rußlands nichts Emsigeres zu tun, als mit gleicher Beharrlichkeit eine Verständigung mit dem Zarenreiche zu suchen, um dadurch eine zu große Machtentwicklung Japans, die dem englischen Interesse abträglich gewesen wäre, zu verhindern. Durch das Gelingen der mit unendlichen Schwierigkeiten durchsetzten Annäherung an Rußland feierte die Londoner Diplomatie einen neuen starken Triumph, indem England auf solche Weise in Verbindung mit dem gleichzeitig fortdauernden japanischen Bündnis in einem früher kaum geahnten Umfange in Asien entlastet und so in den Stand gesetzt wurde, seine ganze Kraft und Aufmerksamkeit dem höher als alle anderen Gegner eingeschätzten deutschen Rivalen zuzuwenden.

Inzwischen ist nun zum ersten Male der Fall eingetreten, daß Rußland und England die Stichhaltigkeit ihrer papiernen Abmachungen auf einem Gebiete, „wo sich hart im Raume die Sachen stoßen", beweisen sollen. Persien, das ehemals von den beiden asiatischen Vormächten heiß umstrittene Land, das in dem mittelasiatischen Abkommen zwischen den Vertragsstaaten in zwei Interessensphären aufgeteilt worden ist, so zwar, daß dem Zarenreiche die nördliche, dem britischen Inselreiche die südliche Hälfte zugewiesen wurde, hat sich in schweren inneren Krisen derartig zerrüttet und erschöpft, daß mit dem weiteren Zerfalle des Staates ernstlich zu rechnen ist. Dann besteht aber auch die unmittelbare Aussicht, daß aus dem jetzigen Einmarsche der russischen Truppen in Täbris eine größere Okkupation wird, deren Dauer, wie ja die Engländer selbst am besten aus ihrer Erfahrung in Aegypten wissen, sich nicht absehen ließe und die zugleich für England mit der Gefahr des russischen Eindringens in die südliche britische Interessensphäre verbunden wäre. Vorläufig ist allerdings durch die energische diplomatische und militärische Parallelaktion Rußlands und Großbritanniens — auch die Engländer haben Marinetruppen in Bushir gelandet — ein gewisser Ruhezustand in Persien gesichert. Der Schah hat, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, die Verfassung wiederum anerkannt und Neuwahlen zum Parlament ausgeschrieben. Wie wenig aber diese nur von dem äußersten Zwange erpreßten Maßregeln dauernde Ruhe und Ordnung im Lande verbürgen, erhellt aus der Schilderung eines in den letzten Tagen in London veröffentlichten Blaubuches über Persien, worin über die dort herrschenden Zustände u. a. gesagt wird, den Persern mangle jede Fähigkeit zu selbständiger kultureller Entwicklung und politischem Fortschritt aus eigener Kraft; jeder Gemeinsinn sei erstorben, jeder patriotische Nerv abgetötet, jede Reformmaßregel, sei sie von der Krone oder durch die Revolutionskomitees angeordnet, werde in den ersten Stadien der Verwirklichung durch die allgemeine Erschlaffung und den sittlichen Zerfall paralysiert.

Wenn hiernach eine Gesundung der inneren Verhältnisse Persiens im Rahmen der Selbständigkeit des Landes nicht zu erhoffen ist, so rückt auch mit der Sicherheit eines Naturgesetzes der Zeitpunkt nahe, wo England durch die Tat beweisen muß, zu welchen Opfern es im Interesse der Freundschaft mit Rußland fähig ist. Die Frage lautet: „Wird England Rußland gegenüber mit Bezug auf Persien ebenso weit gehen, wie Frankreich gegenüber mit Bezug auf Marokko, und seinen neuen russischen Freunden schließlich den ganzen persischen Staat zu eigenem Rechte überlassen, oder wird es den Russen einmal ein entschiedenes „Die Hände weg!" zurufen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Entente mit Rußland dabei in die Brüche geht?" Für die Antwort auf diese Frage kommen verschiedene Gesichtspunkte in Betracht. Einmal sind in England selbst die Meinungen geteilt. Während ein Teil der Liberalen von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Persiens nichts wissen will und überhaupt für die ganze persische Politik der Regierung nicht viel Sympathie übrig hat, stehen alle Imperialisten ohne Unterschied der Parteirichtung auf dem Standpunkte einer energischen Vertretung der englischen Interessen in Persien auch gegenüber Rußland. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht also jedenfalls dafür, daß der Versuch einer völligen Preisgabe Persiens zu russischen Gunsten an dem Widerstande der nationalen öffentlichen Meinung Englands scheitern würde. Dazu kommt auch noch die Rücksicht auf Japan, das bereits mit leiser, aber verständlicher Andeutung in London zu erkennen gegeben haben soll, daß ein zu intimes Verhältnis Englands zu Rußland in Tokio mit Mißtrauen betrachtet werden müsse und Anlaß zur demnächstigen Kündigung des Bündnisses geben könne. Darnach hätte dann England zwischen Rußland und Japan zu wählen, und wenn es sich im kritischen Augenblick für Japan entscheiden sollte, so wäre die Möglichkeit einer Preisgabe Persiens an Rußland ausgeschlossen.

Es muß also abgewartet werden, wie die Würfel in London fallen. Nur so viel erscheint schon jetzt als sicher, daß die russische Diplomatie mit aller Rücksichtslosigkeit in Persien vorzugehen gewillt ist und sich um den englischen Freund und Nachbar herzlich wenig kümmert. Der ganze bisherige Verlauf der russisch-englischen Intervention in Persien hat bewiesen, daß Rußland ganz auf eigene Faust handelt und insgeheim, sofern es in seine Interessen paßt, genau das Gegenteil von dem tut, was es öffentlich mit England zusammen proklamiert. Rußland glaubt augenscheinlich in Persien nach Belieben schalten und walten und ganz auf seinem Schein bestehen zu können, nachdem es in der Balkankrise sich England dadurch zu Dank verpflichtet hat, daß es auf die in London nicht genehme Aufrollung der Dardanellenfrage verzichtete. Wie lange sich England das gefallen läßt, ist seine Sache. Für Deutschland aber kommt es darauf an, die Ereignisse mit wachsamem Auge zu verfolgen, um in jedem Augenblick gerüstet zu sein, jeden möglichen Vorteil aus dem Wiederauftauchen eines russisch-englischen Gegensatzes zu ziehen. Unsere Regierung hat wiederholt erklärt, daß wir in Persien nur wirtschaftliche Interessen zu vertreten hätten. Damit ist zugleich gesagt, daß wir das größte Interesse an der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Persiens haben, soweit davon nach den letzten Ereignissen überhaupt noch die Rede sein kann. Sobald aber der letzte Rest von persischer Selbständigkeit dahingeschwunden ist, werden auch unsere dortigen wirtschaftlichen Interessen entsprechend in Mitleidenschaft gezogen. Mit um so größerem Nachdruck muß daher unsere Diplomatie dahin streben, wenigstens einen Ausgleich für uns durch eine Verbesserung unserer internationalen Stellung zu schaffen, indem wir uns Rußland in demselben Maße nähern, wie es von England abrückt. Hier eröffnet sich unserer Diplomatie eine zweifellos ebenso schwierige, wie im nationalen Interesse dankbare Aufgabe, deren glückliche Lösung nicht minder ruhmvoll und dem Weltfrieden förderlich wäre wie der in der Orientkrise durch die energische Geltendmachung des deutsch-österreichischen Bündnisses erzielte Erfolg.

Neueste Drahtmeldungen vom 22. Mai.

Zur Reichsfinanzreform.

Die „Nordd. Allg. Ztg." zur ersten Lesung der Finanzreformvorlagen in der Finanzkommission des Reichstages.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Beendigung der ersten Lesung der Finanzreformvorlagen in der Finanzkommission des Reichstags schreibt die „Nordd. Allg. Ztg." in ihren Rückblicken: Das Ergebnis kann nur als völlig unzulänglich bezeichnet werden. Von den 500 Millionen Mark, die seitens der verbündeten Regierungen gefordert waren und im Laufe der mehrmonatlichen Erörterungen als das unbedingt notwendige Mindestmaß des Mehrbedarfs allgemein anerkannt sind, wurden in der ersten Lesung in der Kommission nicht mehr als 220 bis 240 Millionen Mark bewilligt. Von den indirekten Abgaben, die nach dem Entwurfe der Reichsregierung 380 Millionen Mark bringen sollen, strich die Kommission vollständig: die Steuer auf Elektrizität und Gas mit 50 und auf Anzeigen mit 30 Millionen Mark. Bei dem Branntwein hat sie Abstriche vorgenommen, daß der Ertrag nicht 100, sondern nur rund 85 Millionen Mark betragen würde, beim Tabak statt 77 nur einige 70 Millionen. Nur an Stelle der Weinsteuer mit 20 Millionen Mark wurde eine Schaumweinsteuer angenommen, die vielleicht 5 Millionen Mark bringen kann. Lediglich die Biersteuer kann nach den Beschlüssen der Kommission annähernd das bringen, was die Regierungsvorlage vorschlägt, wenigstens wenn der Beschluß auf die Steuerfreiheit des Brauzuckers nicht aufrechterhalten wird. Demnach fehlen nach den Beschlüssen der Kommission an den 380 Millionen Mark indirekter Abgaben des Regierungsentwurfs nicht weniger als 160 Millionen Mark. Noch unbefriedigender waren die Beschlüsse hinsichtlich der Besitzabgaben. Die rund 100 Millionen Mark, die aus den Erbschaftssteuergesetzen, einschließlich der Wertsteuer und der Vorlage über das Erbrecht des Staates, dem Reiche zufallen sollten, wurden bis auf die letztere von der Kommission abgelehnt, die Wehrsteuer ohne jede Diskussion. Der gesamte Fehlbetrag nach den Beschlüssen der Kommission in erster Lesung gegenüber den Vorlagen der verbündeten Regierungen beträgt somit nicht weniger als rund 240 Mill. Mark. Die Mehrheit der Kommission hat sich also bisher nicht entschließen können, die auch von ihr für unumgänglich notwendig angesehenen Summen zur Deckung des Mehrbedarfs zu bewilligen. Es kann unter diesen Umständen kein Wunder nehmen, wenn diejenige Partei Deutschlands, die einer Gesundung der Finanzen im Rahmen unserer gegenwärtigen Staatsordnung auf das entschiedenste widerstrebt, Freude über das Steckenbleiben der Reform empfindet. Es ist ebensowenig verwunderlich, wenn ein Teil der ausländischen Presse die deutschen Vorgänge mit besonderem Wohlgefallen betrachtet und sich in Bild und Wort darüber unterhält, wie schwer die Schuldenlast auf Deutschland drückt und wie unfähig es sich zeigt, dieselbe abzubürden. Die Schuldenlast sei so groß und wachse in einem solchen Tempo, daß Deutschland in der bisherigen Weise nicht lange werde weiter wirtschaften können. Es ist höchste Zeit, diese Stimmen durch tatkräftige Beweise des Gegenteils zur Ruhe zu bringen.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Heute hielten beide Häuser des preußischen Landtages Sitzungen ab. — Das Herrenhaus nahm die **Besoldungsvorlage,** das **Wohnungsgeldzuschußgesetz** und die Novelle zum **Einkommen- und Ergänzungssteuergesetz** nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses an, so daß diese Gesetze vom Landtage nunmehr endgültig verabschiedet sind. Am Montag beginnt das Herrenhaus die Etatberatung. — Das Abgeordnetenhaus begann die zweite Beratung des **Stempelsteuergesetzes.** Die Kommission schlug, über die Vorlage hinausgehend, u. a. vor, Erlaubniskarten für Automaten und Musikwerke und Radfahrkarten zur Stempelsteuer heranzuziehen und die Stempelgebühr für die Titel der Kommerzienräte und Kommissionsräte und die Testamentsgebühren zu erhöhen. Von seiten der Konservativen und des Zentrums lag ein Antrag vor, der den Stempel der Jahreskarten für Automaten und Musikwerke auf 10 Mark festsetzt und bei besonders ertragreichen Automaten die Gebühr auf das Zwanzigfache erhöht sehen will, während sie bei Automaten mit geringem Ertrag bis auf 2 Mark jährlich herabgesetzt werden kann. Die Redner der Nationalliberalen und Freisinnigen erklärten sich besonders energisch gegen die Neubelastung der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. und bekämpften überdies die Radfahrkarte. Die Beratung wird am Montag fortgesetzt; vorher dritte Lesung der Berggesetznovelle.

Der Gesangswettstreit in Frankfurt.

Frankfurt a. M. Kurz nach 3 Uhr traf der Hof wieder in der Festhalle ein und wurde unter Vortritt der Pagen und Ehrenjungfrauen in die Hofloge geleitet. Dann begann der Wettstreit der zur engeren Konkurrenz zugelassenen 12 Vereine.

Frankfurt. Unter lebhaftem Beifalle trug heute der Berliner Lehrergesangverein, der bei dem letzten Wettstreite den Kaiserpreis errang, das Preislied und die selbstgewählten Chöre vor. Ein Mitglied des Vereins, Lehrer W. Hahn, ist einem während der Vorträge erlittenen Schlaganfall erlegen. — In den engeren Wettbewerb kommen folgende Vereine: 1. Karlsruher Sieber-